

Satzung

der Gemeinde Schmalfeld über die Erhebung einer Hundesteuer

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schleswig-Holstein 2003, S. 57), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 04.01.2018 (GVOBl. Schleswig-Holstein 2018, S.6) und der §§ 1 und 3 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung vom 10.01.2005 (GVOBl. Schleswig-Holstein 2005, S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.03.2018 (GVOBl. S. 69), in der jeweils zurzeit gültigen Fassung, wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 14.12.2020 folgende Satzungsregelung erlassen:

§ 1 Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet.

§ 2 Steuerpflicht

- (1) Steuerpflichtig ist, wer einen Hund in seinen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen hat (Halter des Hundes)
- (2) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund, so sind sie Gesamtschuldner der Hundesteuer.
- (3) Alle in einem Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsangehörigen gemeinsam gehalten.

§ 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht entsteht mit dem Beginn des Kalendervierteljahres, für das die Steuer festzusetzen ist. Somit beginnt diese rückwirkend zum jeweiligen Quartal, in welchem ein Hund in einen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen wird; frühestens zum 01. des darauffolgenden Quartals, wenn der Hund zum Zeitpunkt der Anmeldung im laufenden Quartal drei Monate alt wird.
- (2) Wer einen Hund nicht länger als einen Monat in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, braucht ihn nicht zu versteuern.
- (3) Die Steuerpflicht endet zum letzten Tag des Quartals, in dem der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder eingeht.
- (4) Bei Wohnortwechsel eines Hundehalters endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Quartals, in das der Wegzug fällt; sie beginnt mit dem ersten Tag des auf den Zuzug folgenden Kalendervierteljahres.
- (5) Wer einen versteuerten Hund oder anstelle des abgeschafften, abhanden gekommenen oder eingegangenen versteuerten Hundes einen neuen Hund erwirbt, wird mit dem ersten Tag des auf den Erwerb folgenden Kalendervierteljahres steuerpflichtig.

§ 4 Steuersatz

Die Steuer beträgt jährlich für den ersten Hund 50,00 Euro und für jeden weiteren Hund 50,00 Euro mehr als beim Vorhergehenden.

§ 5 Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von
- a) Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden benötigt werden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m entfernt liegen;
 - b) Hunden, die von zugelassenen Unternehmen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern bei Ausübung des Wachdienstes benötigt werden;
 - c) Jagdgebrauchshunden, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben und jagdlich verwendet werden;
 - d) Gebrauchshunde, die ausschließlich zur Bewachung von Herden verwandt werden.

§ 6 Steuerbefreiung

Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

1. Diensthunden staatlicher und kommunaler Dienststellen und Einrichtungen, deren Unterhaltskosten überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten werden;
 2. Gebrauchshunden von Forstbeamten, im Privatforstdienst angestellten Personen und von bestätigten Jagdaufsehern in der für den Forst- oder Jagdschutz erforderlichen Anzahl;
 3. Hunden, die als Melde-, Sanität-, Schutz-, Fährten- oder Rettungshunde verwendet werden und eine Prüfung vor anerkannten Leistungsrichtern abgelegt haben. Das mit dem Antrag vorzulegende Prüfungszeugnis darf nicht älter als zwei Jahre sein;
 4. Hunden, die in Anstalten von Tierschutz- oder ähnlichen Vereinen vorübergehend untergebracht sind und nicht auf die Straße gelassen werden;
 5. Blindenführhunden; die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.
 6. Therapiehunden, die nachweislich eine zertifizierte Therapiehundeprüfung abgelegt haben und für soziale und therapeutische Zwecke verwendet werden.
- (2) Personen, die gewerbsmäßig mit Hunden handeln oder diese züchten, werden von der Steuer befreit. Folgende Voraussetzungen müssen hierfür erfüllt werden:
1. Bei dem erwerbsmäßigen Handel muss es sich um einen Gewerbebetrieb im Sinne des § 15 Abs. 2 Einkommenssteuergesetzes (EStG) handeln,

2. es hat die Anmeldung des gewerblichen Betriebes mit eigener Steuernummer beim zuständigen Finanzamt und der jeweiligen Gemeinde zu erfolgen,
3. die Person/ Personen muss/müssen eine erforderliche und gültige Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz (TierSchG) nachweisen,
4. die Person/ Personen müssen mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter, zu Zuchtzwecken halten und
5. der Zwinger und die Zuchttiere müssen in ein von einer anerkannten Hundezuchtvereinigung geführtes Zucht-, oder Stammbuch eingetragen sein.

§ 7

Allgemeine Voraussetzung für die Steuerermäßigung und die Steuerbefreiung

Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung wird nur gewährt, wenn

1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind,
2. der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen Tierquälerei bestraft ist,
3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind,
4. in den Fällen des § 6 Abs. 2 ordnungsgemäße Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.

§ 8

Steuerfreiheit

Steuerfrei sind Personen, die sich nicht länger als zwei Monate in der Gemeinde aufhalten, für die Hunde, die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik versteuern.

§ 9

Meldepflichten

- (1) Wer einen Hund anschafft oder mit einem Hund zuzieht, hat ihn binnen 14 Tagen bei der Gemeinde anzumelden. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des dritten Monats nach der Geburt als angeschafft. Die Anmeldefrist beginnt im Falle des § 3 Abs. 2 nach Ablauf des Monats.
- (2) Der bisherige Halter eines Hundes hat den Hund innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Veräußerung des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Wohnung des Erwerbes anzugeben.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung fort, so hat der Hundehalter das binnen 14 Tagen anzuzeigen.

- (4) Sowohl die Anmeldung als auch die Abmeldung eines Hundes hat in Textform im vom Amt Kaltenkirchen-Land zur Verfügung gestelltem Vordruck „Hundesteuer-Anmeldung / Abmeldung“ zu erfolgen.

§ 10 Steuermarken

- (1) Die Gemeinde gibt Hundemarken aus, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden müssen.
- (2) Der/die Hundehalter/in darf Hunde außerhalb seiner/ihrer Wohnung oder seines/ihrer umfriedeten Grundbesitzes nur mit der Hundesteuermarke umherlaufen lassen.
- (3) Bei Verlust oder Beschädigung der gültigen Hundesteuermarke wird dem Hundehalter eine gebührenpflichtige Ersatzmarke zur Verfügung gestellt. Die Gebühr beträgt 5 €.

§ 11 Steuerjahr, Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt; Erhebungszeitraum (Steuerjahr) ist das Kalenderjahr, an dessen Beginn die Steuerschuld entsteht.
- (2) Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jeden Jahres fällig. Entsteht die Steuerpflicht im Laufe eines Kalendervierteljahres, so ist die volle Steuer für dieses Kalendervierteljahr innerhalb von 14 Tagen, jedoch frühestens zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt zu entrichten.

§ 12 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Steuerpflichtigen, eigener Ermittlungen und nach Absatz 2 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Steuerpflichtigen mit den für die Steuerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten. Zu diesen Daten zählen:
 - a) Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Daten über den Wohnungsein-, oder -auszug und Bankverbindung
 - b) Steuernummer
 - c) Name und Anschrift eines Handlungs- oder Zustellungsbevollmächtigten,
 - d) Name und Anschrift eines früheren oder nachfolgenden Hundehalters
 - e) Hunderasse
- (2) Zur Ermittlung des Steuerpflichtigen und zur Festsetzung der Hundesteuer im Rahmen dieser Satzung ist die Verarbeitung der erforderlichen Daten durch die Gemeinde nach den Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) zulässig, die durch die Mitteilung oder Übermittlung von
 - a) Polizeidienststellen
 - b) Ordnungsbehörden
 - c) Einwohnermeldeämter
 - d) Tierschutzvereine

- e) Grundstückseigentümer
- f) allgemeinen Anzeigern
- g) oder aus Kontrollmitteilungen anderer Behörden bekannt werden.

Diese übermittelten Daten dürfen nur zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung weiterverarbeitet werden. Gleichzeitig dürfen die personenbezogenen Daten von einem Hundehalter, der einen Hund abmeldet, der neuen zur Hundesteuer veranlagungsberechtigten Gemeinde weitergegeben werden.

- (3) Die für die Ermittlung eines Hundehalters erforderlichen personenbezogenen Daten dürfen den Ordnungsbehörden und der Polizei zum Zwecke der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten bekannt gegeben werden.
- (4) Der Einsatz von technikunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen § 9 und § 10 sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung vom 10.06.2013 außer Kraft.

Schmalfeld, den 14.12.2020

gez.

(Gerdes)
Bürgermeister